



Presseschau vom 08.08.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 07.08.19

Der Feind unterlässt die Versuche nicht, die Fortsetzung des geltenden brüchigen Waffenstillstands zu gefährden.

Um 18:15 Uhr haben die Besatzer aus der 53. Panzergrenadierbrigade der BFU unter Kommando von Pojakow die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, diesen weiteren Fall von Verletzung des Waffenstillstands festzuhalten und alle Maßnahmen zur Einstellung der Provokationen von der ukrainischen Seite zu unternehmen.

Mil-lnr.info: Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij

Entgegen den Vereinbarungen über einen Waffenstillstand haben die bewaffneten Formationen der ukrainischen Straftruppen wieder das Regime der Feuereinstellung verletzt. Auf Befehl des neuen Kommandeurs der sogenannten OOS des Kriegsverbrechers Krawtschenko haben Kämpfer der 30. mechanisierten Brigade der BFU um 20:50 Uhr das Feuer auf unsere Positionen im Gebiet von **Logwinowo** mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen 120mm-Mörsern eröffnet.

Trotz des Einsatzes von Geschossen eines solchen Kalibers wurde kein einziger Soldat der Volksmiliz verletzt.

Mit der Entscheidung, sich so in dem neuen Amt einzuschmeicheln, gefährdete Krawtschenko

das Leben und die Gesundheit friedlicher Bürger der Republik!
Wir rufen die internationalen Organisationen auf, auf die ukrainischen bewaffneten Formationen Druck aus zu üben, um den Waffenstillstand zu erhalten und das Genozid am Volk des Donbass zu stoppen.

de.sputniknews.com: **Bei Treffen mit Selenski: Erdogan erkennt Krim als Teil Russlands nicht an**

Ankara erkennt die Wiedervereinigung der Schwarzmeer-Halbinsel Krim mit Russland nicht an und wird nach wie vor die Rechte der turksprachigen Krimtataren verteidigen, erklärte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan während einer Pressekonferenz mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenski am Mittwoch.

Erdogan versicherte seinem Kollegen, dass die Türkei „immer die Unabhängigkeit der Ukraine unterstützen“ werde.

„Die Türkei erkannte die Annexion der Krim nicht an und erkennt sie auch jetzt nicht an. Krimtataren sind ein wichtiges Element der Beziehungen zwischen unseren Ländern. Wir werden weiterhin den Schutz der Rechte der Krimtataren und die Wahrung ihrer nationalen Identität als unsere Priorität betrachten“, sagte Erdogan.

Die Türkei hoffe auf eine baldige Regelung des Konflikts im Osten der Ukraine und unterstütze die Verhandlungen im Rahmen der Minsker Abkommen sowie die OSZE-Mission im Donbass, an der sich auch türkische Diplomaten beteiligen, fügte Erdogan hinzu.

Am 7. August stattete der ukrainische Präsident Wladimir Selenski der Türkei einen Besuch ab. Er traf sich unter anderem mit den ukrainischen und krimtatarischen Gemeinden in Ankara, vor denen er erklärte, dass die Krim eines Tages „bestimmt zurückkehren wird“.

Die Krim war im März 2014 – nach gut 22 Jahren in der unabhängigen Ukraine – wieder Russland beigetreten, nachdem die Bevölkerung der Halbinsel bei einem Referendum mehrheitlich dafür gestimmt hatte. Anlass für die Volksabstimmung war ein nationalistisch geprägter Staatsstreich in Kiew.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32558/21/325582181.jpg>

armiyadnr.su: **Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 07.08.19**

Der Feind provoziert weiter unsere Verteidiger zur Erwidern des Feuers, um sie dann der Verletzung des geltenden Waffenstillstands zu beschuldigen.

So haben Kämpfer aus der 56. Brigade des Kriegsverbrechens Iwanow heute von 20:15 bis 21:00 Uhr die Umgebung von **Spartak** und des **Petrowskij-Bezirks von Donezk** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Unsere Einheiten sind auf die Provokation nicht eingegangen und halten den Waffenstillstand vollständig ein.

Wir fordern von der ukrainischen Seite, die Provokationen einzustellen, die auf eine Eskalation des Konflikts abzielen, und die internationalen Beobachter bitten wir, Nachdruck zu zeigen und von der Ukraine die Einhaltung der geltenden Vereinbarungen zu erreichen.

vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der LVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Obosonoje** und **Logwinowo**.

Geschossen wurde mit 120mm-Mörsern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Venezuelas Regierung sagt neue Gesprächsrunde mit Opposition ab**
Wegen der jüngsten US-Sanktionen gegen die venezolanische Regierung hat Präsident Nicolás Maduro weitere Gespräche mit der Opposition vorerst abgesagt. Der Staatschef werde keine Unterhändler zu den für Donnerstag und Freitag geplanten Verhandlungen auf Barbados schicken, teilte die Regierung in Caracas am Mittwoch mit.

Als Grund nannte sie die neuen Wirtschaftssanktionen gegen Venezuela. Maduros Gegenspieler, der selbst ernannte Interimspräsident Juan Guaidó, unterstützt die Sanktionen, um einen Machtwechsel in dem südamerikanischen Land zu erzwingen.

Washington hatte zuletzt das gesamte Vermögen der venezolanischen Regierung in den USA einfrieren lassen. Zudem können auch Unternehmen und Staaten belangt werden, die weiter Geschäfte mit der venezolanischen Regierung machen.

„Wir werden sicherstellen, dass Maduro die Mittel ausgehen, sich finanziell über Wasser zu halten“, sagte US-Sicherheitsberater John Bolton. Die Regierung in Caracas verurteilte die neuen Sanktionen als „wirtschaftlichen Terrorismus“.

Zuvor war berichtet worden, dass die USA alle nur mögliche Mittel einsetzen werden, um der Regierung von Präsident Nicolas Maduro in Venezuela ein Ende zu setzen. Das erklärte das Weiße Haus am Dienstag in Washington. Dazu habe Präsident Donald Trump Aktiva der venezolanischen Behörden in den USA per Erlass gesperrt. Betroffen sei die venezolanische Notenbank und der staatlich geführte Ölkonzern PDVSA, heißt es in der Erklärung. Zudem wird Personen, gegen die Sanktionen gelten, die Einreise in die USA eingeschränkt.

Die Regierung von Staatschef Maduro und die Opposition um Guaidó liefern sich seit Monaten einen erbitterten Machtkampf. Ende Januar kam es in Venezuela zu Massenprotesten gegen Präsident Maduro. Der Chef der von der Opposition kontrollierten Nationalversammlung, Juan Guaido, erklärte sich für den Interimspräsidenten des Landes. Mehrere westliche Staaten haben ihn als Übergangsstaat anerkannt. Russland, China, die Türkei und mehrere andere Länder bleiben auf der Seite des legitim gewählten Präsidenten Maduro. Nach Vermittlung der norwegischen Regierung hatten sich Unterhändler beider Seiten zuletzt mehrfach auf Barbados getroffen, um einen Ausweg aus der Krise zu suchen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32465/73/324657337.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 7. August 3:00 Uhr bis 8. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 7. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Krutaja Balka, Spartak, Belaja Kamenka, Dsershinskoje, Leninskoje.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 34.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 24.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Fall Skripal: „Alle Beweise mit Pauken und Trompeten durchgefallen“ – Russische Botschaft

Die russische Botschaft in London hat den britischen Behörden vorgeworfen, die öffentliche Meinung weltweit mit Desinformationen in den Medien zu manipulieren. Damit reagierten die russischen Diplomaten auf einen Artikel, den die Zeitung „The Guardian“ am Vortag veröffentlicht hatte.

„Alle Argumente, auf die sich die sogenannten Beweise für die Teilnahme Russlands an diesem geheimnisvollen Zwischenfall gestützt hätten, von denen die ehemalige Premierministerin , Theresa May, so laut sprach, sind mit Pauken und Trompeten durchgefallen“, stellte die russische Botschaft fest.

„Leider erleben wir mit, wie britische Behörden die Meinung der eigenen und der internationalen Öffentlichkeit mit widersinnigen Desinformationen erneut manipulieren“, heißt es in der Mitteilung.

Britische Behörden würden Medieninstrumente zur Verbreitung von Desinformationen und Fakenews einsetzen.

Knapp anderthalb Jahre nach dem Zwischenfall von Salisbury habe London keine offiziellen Informationen über den Stand der Ermittlung zu dem Vorfall bereitgestellt.

„Bei dem Versuch, dieses Vakuum zu füllen, fabrizieren die Briten verschiedene Geschichten und Mythen weiter und geben diese für bestätigte Tatsachen aus“, resümierte die Botschaft. Am Mittwoch hatte die Zeitung „The Guardian“ berichtet, die Ermittlung von Scotland Yard zu dem Fall Skripal laufe weiter. Allerdings gebe es bislang keine Hinweise auf eine Verwicklung des Kremls in den Fall. Laut dem stellvertretenden Kommissar der Polizei Londons, Neil Basu, existieren eine „Menge Spekulationen“ darüber, wer für den Angriff verantwortlich sei. Als Polizist müsse er aber „Beweise vorlegen“.

Der ehemalige russisch-britische Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia wurden am 4. März 2018 in Salisbury in einem Park bewusstlos aufgefunden. Nach Darstellung der britischen Regierung waren sie mit dem tödlichen Giftstoff A234 kontaminiert worden. Die Opfer der angeblichen Vergiftung konnten überraschenderweise ziemlich schnell genesen. Die britische Regierung versuchte, die Schuld für das mutmaßliche Attentat Russland in die Schuhe zu schieben. Die Vereinigten Staaten unterstützten die Vorwürfe und verhängten mehrere Strafmaßnahmen gegen Russland.

Moskau wies die Vorwürfe mehrmals als haltlos zurück und schlug vor, eine gemeinsame Ermittlung des Falls durchzuführen. London ließ diese Vorschläge jedoch unbeantwortet und verwehrte den Vertretern der russischen Föderation jeglichen Zugang zu den Skripals.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32026/73/320267341.jpg>

Dnr-online.ru: Vor 11 Jahren in der Nacht auf den 8. August hat die georgische Armee die Hauptstadt von Südossetien, Zchinwali, beschossen. Friedliche Einwohner und Verteidiger der Republik Südossetien im Kampf für die Unabhängigkeit ihres Staates, die die Bürgerrechte auf Souveränität und Selbstbestimmung verteidigten, wurden Opfer der erbarmungslosen militärischen Aggression Georgiens.

Die Verantwortung und die Schuld für den Tod und das Leiden der Menschen, für die Vernichtung von Städten und Dörfern liegt bei der georgischen Regierung und persönlich bei Saakaschwili sowie bei all denen, die diesen militärischen Konflikt angefacht und die georgische Armee bewaffnet haben.

Der tragischen Ereignisse des August 2008 gedenkend trauert die Donezker Volksrepublik gemeinsam mit Südossetien. Wir teilen das Leid mit jeder Familie, die den Schmerz des Verlustes erfuhr. Wir kennen diesen Schmerz...

Das Gedenken an die Toten wir immer in unseren Herzen sein.

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik

Denis Puschilin

de.sputniknews.com: **Krim nicht Teil Russlands? – Reaktion der Halbinsel auf Erdogans Erklärung**

Die Position des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, wonach Ankara die Wiedervereinigung der Halbinsel Krim mit Russland nicht anerkennt, enttäuscht und spricht für ein „Liebäugeln“ mit der Ukraine. Nun nahmen Krim-Politiker zur entstandenen Situation Stellung.

„In der Erklärung von Erdogan sehen wir nicht zum ersten Mal die Politik der doppelten Standards der Türkei. Diese Position enttäuscht uns, weil uns klar ist, dass die Türkei nun de facto mit der ukrainischen Seite hofiert und über die Frage der Krimtataren spekuliert“, sagte der Abgeordnete des Krim-Parlaments, Wladislaw Ganschara.

Die Türkei müsse, wenn sie sich um die Rolle eines strategischen Partners von Moskau bewirbt, verstehen, dass die Krim ein fester Teil Russlands sei und diese Frage in keiner Weise anders interpretiert werden könne.

„Ich bin mir sicher, dass Erdogan de facto versteht, dass die Krim Russland ist. Man muss sich nur öffentlich dazu bekennen, um in der Entwicklung der russisch-türkischen Beziehungen Fortschritte machen zu können“, fügte der Politiker hinzu.

Sergej Zekow, Mitglied des Komitees für auswärtige Angelegenheiten im Föderationsrat, äußerte sich ebenfalls dazu: „Die Krim wird auch ohne Anerkennung durch die Türkei fortbestehen. Das Wichtigste ist, dass Russland uns als seinen Bestandteil anerkennt. Für die Krim-Bewohner ist es das Wichtigste, und die Meinung anderer Länder (interessiert sie) nur bedingt.“

Ferner erläuterte er: „Wir berücksichtigen die Meinung der türkischen Seite, aber wir verstehen, dass sie sich in ihrer Position nicht von Wahrheit und Realien leiten lassen, die in der Ukraine in der Zeitperiode des Staatstreiches herrschten; sie beachten nicht, was im Jahre 2014 passiert ist. Wir berücksichtigen die Meinung des türkischen Präsidenten, werden aber unsere Politik unseren nationalen Interessen entsprechend aufbauen.“

Bei seinem gestrigen Treffen mit dem ukrainischen Staatschef, Wladimir Selenski, hatte Erdogan erklärt, dass Ankara die Wiedervereinigung der Schwarzmeer-Halbinsel Krim mit Russland nicht anerkenne und nach wie vor die Rechte der turksprachigen Krimtataren verteidigen werde. Erdogan versicherte seinem Kollegen, dass die Türkei „immer die Unabhängigkeit der Ukraine unterstützen“ werde. ...

Dan-news.info: Das staatliche Unternehmen Post des Donbass hat in einem Jahr etwa 30.000 Päckchen aus Internetshops aus Russland und China an Einwohner der DVR geliefert. Dies teilte der Generaldirektor des Unternehmens Denis Neudatschin mit.

„In der Bilanz der Arbeit eines Jahres kann ich mit Überzeugung sagen, dass die Lieferung von Waren aus Internet-Shops heute bei uns eine der am meisten nachgefragten Dienstleistungen ist. Seit August 2018 bis zum August dieses Jahres haben wir etwa 30.000 Päckchen an die Einwohner der Republik geliefert“, teilte er mit.

Am aktivsten sind die Einwohner von Donezk und Makejewka. Das kleinste Päckchen war ein Umschlag von 10 Gramm, das größte ein 55-Zoll-Fernseher.

de.sputniknews.com: **Immer mehr Verletzte nach Einsatz zur Festnahme von Ex-Staatschef Kirgistans – Moskau kommentiert**

Bei einem Sondereinsatz zur Festnahme des ehemaligen Präsidenten Kirgistans Almasbek Atambajew sind Dutzende Menschen verletzt worden. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa äußerte sich zur aktuellen Lage in Kirgistan.

Am Mittwochabend hatten Sonderdienste einen Einsatz zur Festnahme von Atambajew in seiner Residenz im Dorf Koj Tasch, das 20 Kilometer von der Hauptstadt entfernt ist, durchgeführt. Insgesamt 52 Menschen wurden dabei verletzt. Der Ex-Präsident wurde bislang

nicht festgenommen. Sechs Kämpfer der Sondereinsatzkräfte wurden von Atambajews Anhängern als Geiseln genommen. Dabei berichten Medien unter Berufung auf offizielle Behörden des Landes, dass bei den Zusammenstößen mehrere Beamte der Sondereinsatzkräfte verletzt worden seien. Einer der Beamten sei im Krankenhaus gestorben. Später erklärte das staatliche Komitee für nationale Sicherheit, dass Anhänger des ehemaligen Präsidenten während des Einsatzes Kinder und Frauen als menschlichen Schutzschild genutzt hätten.

Unter anderem teilte der Ex-Präsident gegenüber Journalisten mit, dass er bei dem Versuch, ihn festzunehmen, geschossen hätte und versprach, die Sondereinsatzbeamten zu befreien. Die russische Außenministeriumssprecherin, Maria Sacharowa, sagte, dass sie nicht als amtliche Vertreterin, sondern als gewöhnliche Person, die Freunde und Bekannte in Kirgistan habe, allen Seiten „Vernunft und Verantwortung“ wünschen wolle. Unter anderem verwies sie auf die jüngste Erklärung der russischen Botschaft in Kirgistan, der zufolge die Ereignisse in Bischkek als innere Angelegenheit des Landes betrachtet werden.

Das kirgisische Parlament hatte Atambajew am 20. Juni die Immunität entzogen und eine Liste der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen der Staatsanwaltschaft übergeben. Daraus folgt, dass der Ex-Präsident der Teilnahme an einem korrupten Geschäft zur Modernisierung des Wärmekraftwerkes Bischkek, der Freilassung des Kriminellen-Chefs Asis Batukajew, der Abwicklung unlauterer Terraingeschäfte und sonstiger Taten verdächtigt wird. Im Falle eines Schuldspruchs droht Atambajew lebenslange Haft.

Atambajew hatte von 2011 bis 2017 das Präsidentenamt innegehabt.

Das jetzige Staatsoberhaupt Kirgistans, Sooronbai Dscheenbekow, hat seinen einwöchigen Urlaub unterbrochen und ist nach Bischkek gereist.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32558/37/325583734.jpg>

Dnr-online.ru: In Donezk fand eine Pressekonferenz des Ministers für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Naumez statt.

„Sie Beginn der Kämpfe in der DVR wurden insgesamt 27.090 Wohnraumobjekte beschädigt, 22.323 private und 4767 Mehrparteienwohnhäuser. Erheblich Schäden (30% oder mehr) haben mehr bestehen an mehr als 10.000 Wohnhäusern. 2.000 Häuser können nicht wieder aufgebaut werden, in der überwiegenden Mehrheit sind dies Häuser des privaten Sektors. Derzeit sind in der DVR 10.600 in der Folge von Beschüssen beschädigte Wohnhäuser wieder aufgebaut, das etwas mehr als ein Drittel“, berichtete Sergej Naumez.

Er merkte auch an, dass internationale humanitäre Organisationen Hilfe beim Wiederaufbau leisten. „In diesem Jahr haben akkreditierte humanitäre Missionen Unterstützung bei mehr 900 Häusern geleistet und diese Arbeit geht weiter. Insgesamt haben im Jahr 2018 humanitäre Missionen in der Republik bei der Ausführung der Arbeiten an 116 sozialen Objekten geleistet – Schulen, Vorschuleinrichtungen, Objekten des Gesundheitswesens, Kulturhäusern und

anderen sozialen Objekten. Für Wohnraum wurden Baumaterialien an die Bevölkerung übergeben, zur Unterstützung wurden Vertragsunternehmen im Rahmen des Programms „Schnelle Reparatur“ bei 2844 Häusern herangezogen“, teilte der Minister mit. Die Hauptschwierigkeit beim Wiederaufbau sind die nicht endenden Beschüsse. „Allein Juni-Juli, vor Beginn des Waffenstillstands wurden etwa 200 Häuser beschädigt. Es gibt Gebäude, die mehrfach durch Beschüsse der ukrainischen Streitkräfte beschädigt wurden. Die Finanzierung des Wiederaufbaus erfolgt aus dem Budget der DVR. Die Möglichkeiten der Republik sind jetzt so, dass ein großer Teil des Zerstörten nicht von den Reparaturarbeiten erfasst werden kann. Dennoch arbeiten wir auf die Perspektive hin, trotz der schlechten Zeiten für den Bereich“, sagte Sergej Naumez.

de.sputniknews.com: **US-Außenministerium genehmigt Verkauf von MH-60R-Hubschraubern an Südkorea**

Das US-Außenministerium hat laut einer offiziellen Mitteilung den Verkauf von zwölf Mehrzweckhubschraubern vom Typ MH-60R an Südkorea genehmigt. Demnach beträgt der Erlös aus einem möglichen Verkauf etwa 800 Millionen US-Dollar. Südkorea habe den Kauf von zwölf MH-60R sowie Radaren, Navigationssystemen und Kommunikationsgeräten für die Hubschrauber beantragt. Zuvor hatte der amerikanische Präsident, Donald Trump, erklärt, dass die USA Verhandlungen über eine weitere Ausgabenerhöhung seitens Südkoreas für die Sicherung der Verteidigung vor Nordkorea begonnen hätten.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31283/76/312837614.jpg>

Dan-news.info: Die Regierung der DVR behandelt die Möglichkeit, die Lohnrückstände Kiews gegenüber den Mitarbeitern des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ zu bezahlen. Dies erklärte heute der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Naumez.

„Die Regierung der DVR ist mit der Lösung dieses Problems befasst. Bis Ende des Jahres werden Mittel gesucht, und von Seiten der Republik wird das Unternehmen mit 300 Mio. Rubel unterstützt werden, um die Lohnrückstände gegenüber den Mitarbeitern zu tilgen“, unterstrich der Minister.

Für die Führung der Republik hat der Erhalt der Kader des Unternehmens Priorität. Zuvor war mitgeteilt worden, dass das ukrainische Unternehmen „Woda Donbassa“ sich in einem kritischen finanziellen Zustand befindet. Seit 2018 sind aufgrund einer Anweisung aus Kiew den Mitarbeitern des Unternehmens keine Löhne gezahlt worden. Mit der Regelung der Situation befasst sich die ökonomische Untergruppe in Minsk
Woda Donbass versorgt etwa 300 Städte und Ortschaften auf beiden Seiten der Kontaktlinie

mit Wasser.

nachmittags:

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 13:05 Uhr das Feuer aus Richtung Awdejewka in Richtung **Kaschtanowoje** mit Schusswaffen eröffnet.

Unter Beschuss geriet das Gebiet des Marktes „Gospodar“, wo entsprechend zuvor von der ukrainischen Seite gewährten Sicherheitsgarantien durch Mitarbeiter von „Woda Donbassa“ Reparaturarbeiten durchgeführt wurden.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer oder Schäden an ziviler Infrastruktur. Genauere Informationen werden ermittelt.

Dnr-online.ru: Gestern, am 7. August, waren Vertreter des Ministeriums für Bauwesen und Kommunalwirtschaft in Charzysk, wo eine problematische Situation mit der Müllabfuhr entstanden ist.

„Die Unterbrechungen im Zeitplan für die Müllabfuhr entstanden Anfang August. Ursache ist die defekte Spezialtechnik. Diese Technik wurde in Charzysk seit den Vorkriegszeiten nicht erneuert“, berichtete der Leiter der Abteilung für Instandhaltung und kommunale Dienstleistungen der Hauptabteilung für Wohn- und Kommunalwirtschaft des Ministeriums Dmitrij Tokmakow.

Er unterstrich, dass die geltenden Tarife für die Müllabfuhr die Ausgaben der Unternehmen, die die Müllabfuhr betreiben, nicht decken. Im Zusammenhang damit ist auch der Kauf von Ersatzteilen schwierig, weil es Schulden der Bevölkerung gibt, das heißt, die Finanzen reichen nicht, um die Technik rechtzeitig zu reparieren.

Die Unterbrechungen bei der Müllabfuhr führten zu massenhaften Beschwerden von Einwohnern der Stadt über die Arbeit des kommunalen Unternehmens „Charzyskkomunchos“.

Nach den Worten Dmitrij Tokmakows plant die Verwaltung von Charzysk in der nächsten Zeit, einen Vertrag zur Leihe eines Müllwagens bei einem privaten Unternehmen abzuschließen. Derzeit erfolgt die Müllabfuhr in der Stadt mit drei Fahrzeugen, aber auch sie brauchen dringend Reparaturen. Die Stadtverwaltung ergreift alle Maßnahmen, um den Zeitplan für die Müllabfuhr wiederherzustellen.

de.sputniknews.com: Russlands Wettbewerbsbehörde leitet Ermittlung gegen Apple ein

Die föderale Wettbewerbsbehörde Russlands hat ein Verfahren gegen das Unternehmen Apple wegen dessen Vorgehen auf dem App-Markt für iOS eingeleitet.

Anlass war eine Beschwerde des russischen Sicherheitssoftware-Anbieters Kaspersky-Labor. Das Unternehmen teilte früher mit, dass Apple unbegründet eine Version des Programms zur Kindersicherung im Internet, Kaspersky Safe Kids (KSK), abgelehnt habe, wodurch es einen wesentlichen Teil an Funktionen eingebüßt habe.

Zugleich führte Apple auf den Markt für das System iOS der Version 12 seine eigene App Screen Time ein, die in ihren technischen Möglichkeiten dem KSK-Programm ähnlich ist. Darüber hinaus verwies die russische Behörde auf Medienberichte, wonach neben Kaspersky Lab weitere elf Entwickler von einer ähnlichen App in aller Welt nach dem Start von Screen Time auf Abweichungen oder Einschränkungen bei der Funktionsfähigkeit seitens Apple gestoßen seien.

Laut der russischen Wettbewerbsbehörde sind im Vorgehen von Apple Merkmale des Missbrauchs seiner dominierenden Lage auf dem Markt zu erkennen. Die Sachbehandlung ist für den 13. September geplant.

Armiyadnr.su: **Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 08.08.2019**

Unsere Beobachter an der Front in Richtung Donezk stellten derzeit **häufige Detonationen auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium** im Gebiet von Nowomichajlowka fest.

Im Verlauf einer Stunde, seit 12 Uhr, waren bereits 15 solcher Detonationen zu hören. Nach jeder ist am Himmel eine Wolke schwarzen Rauchs. Es ist wichtig anzumerken, dass nach Mitteilungen örtlicher Einwohner von Nowomiachajlowka zwei Krankenwagen in das Detonationsgebiet fuhren, von denen nach kurzer Zeit mit eingeschalteten Blinklichtern durch die Ortschaft in Richtung Kurachowo zurückfuhr.

Nach uns vorliegenden Informationen hatten die Besatzer in diesem Gebiet ein Feldlager eines der Bataillone der 24. Brigade. Wir schließen nicht aus, dass die Detonationen genau dort stattfinden.

Die Detonationen erfolgen in einem Abstand von mehr als 3,5 km von der Kontaktlinie in einem Waldstück.

Wir warnen vor Versuchen ukrainischer Propagandisten und teilen wir, dass die Einheiten der Volksmiliz den geltenden Waffenstillstand streng einhalten, das Feuer nicht eröffnen und mit dem Geschehen auf dem Territorium der Ukraine nichts zu tun haben.

mil-Inr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I. M. Filiponenko**

Die Situation an der Kontaktlinie bleibt angespannt.

Trotz der Bestrebungen zu einer friedlichen Regelung des Konflikts, die Selenskij lauthals erklärt, setzt der neue Kommandeur der OOS Krawtschenko den Weg seiner Vorgänger fort und tritt in dem Konflikt als Strafsoldat und nicht als Friedensstifter auf.

So haben die ukrainischen Verbrecher gestern auf persönlichen Befehl von Krawtschenko in Verletzung der Friedensvereinbarungen **zweimal das Territorium unserer Republik beschossen!**

In **Richtung Staniza Luganskaja** haben die Kämpfer der 25. Luftlandebrigade das Gebiet von **Obosnoje** mit großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In **Richtung Debalzewo** haben die Straftruppen der 30. mechanisierten Brigade das Gebiet von **Logwinowo** mit 120mm-Mörsern beschossen.

Der Gegner konzentriert weiter Kräfte und Mittel in der Zone der Strafoperation.

Unsere Aufklärung hat die Stationierung von 2 152mm-Haubitzen „Akazija“ im Gebiet von Drushba festgestellt. Im Gebiet von Rubeshnoje wurde die Ankunft von 10 122mm-Haubitzen „Gwosdika, 6 152mm-Haubitzen „Akazija“, einem Abwehrraketenkomplex „Strela-10“, 6 Haubitzen D-30 und einem 135mm-Antipanzerraketenkomplex „Konkurs“ festgestellt.

Außerdem wurde die Ankunft von sieben 82mm-Mörsern „Wasilek“ im Gebiet von Oknino bemerkt.

Der Gegner nutzt weiter Objekte der zivilen Infrastruktur zur Stationierung von Waffen und Militärtechnik.

Wir haben die Stationierung eines Schützenpanzers in einem Wohngebiet von Nowotoschkowskoje, von zwei Schützenpanzern und einem Panzertransporter auf dem Gebiet eines Wohnhauses im Gebiet von Gejewka entdeckt sowie zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet am westlichen Rand von Popasnaja und fünf Schützenpanzerwaffen am südöstlichen Rand von Wrubowka.

Wir erhalten weiter Informationen über Fälle von Waffen und Munitionshandel durch Kämpfer der BFU in der Zone der Strafoperation.

So wurden drei Soldaten der 25. Luftlandebrigade, die durch Waffen- und Munitionsdiebstahl bekannt ist, von Mitarbeitern des SBU beim Versuch eine weitere Partie von Waffen in Sewerodonezk abzusetzen, festgenommen.

Bei der Festnahme wurden bei den Kriminellen 12 Granatwerfer RPG-22 und RPG-26, 13 Granaten RGD-5 und F-1, mehr als 30 Zünder für Granaten und fast 3000 Patronen des Kaliber 5,45 konfisziert.

Mitarbeiter des SBU hatten zuvor Fälle von Verkauf von zwei Granatwerfern, 10 Granaten, 600 Gramm Sprengstoff und etwa 2500 Patronen des Kalibers 7,62 durch die Täter dokumentiert.

Es wurde ein Strafverfahren wegen „Ungesetzlichem Umgang mit Waffen und Munition“ aufgenommen. Ermittlungen laufen.

de.sputniknews.com: **Damaskus stellt sich klar gegen Sicherheitszone im Norden des Landes**

Die Regierung in Damaskus hat die von der Türkei und den USA vereinbarte Einrichtung einer Sicherheitszone in Nordsyrien kategorisch abgelehnt. Wie es am Donnerstag vom syrischen Außenministerium hieß, verstößt die Einigung gegen die Souveränität und Einheit der Arabischen Republik.

Die türkischen und die US-Militärs haben nach dreitägigen Verhandlungen den Aufbau einer 30 bis 40 Kilometer breiten Sicherheitszone im Norden Syriens vereinbart, die laut der Nachrichtenagentur Anadolu von den beiden Parteien kontrolliert werden soll. Nach Angaben des türkischen Verteidigungsministeriums ist auch ein Zentrum für gemeinsame Einsätze in Planung.

Das syrische Außenministerium bezeichnete die am Vortag erzielte Einigung als „einen klaren Angriff auf die Souveränität Syriens und seine territoriale Einheit sowie als einen schweren Verstoß gegen die Grundsätze des Völkerrechts und der UN-Charta“.

Die Vereinbarung bringe „die Kooperation Ankaras mit Washington bei der Aggression gegen Syrien“ ans Licht. Sie sei vorteilhaft für die „israelischen Besatzer“ und befriedige auch den „expansionistischen Appetit“ der Türkei.

Anschließend rief Syrien die Uno sowie die internationale Gemeinschaft zur Verurteilung dieser „Aggression“ auf.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32234/49/322344981.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 08.08.2019**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **siebenmal das Regime der Feueinstellung verletzt.**

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer Poljakows der 53. Brigade **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks)** mit mit Antipanzergranatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 56. und der 92. Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Iwanow und Kokorew **Spartak, Krutaja Balka und Donezk (Volvo-**

Zentrum) mit 82mm-Mörsern, automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer aus der 36. Brigade unter Kommando von Gnatow den Beschuss von Dershinskoje, Belaja Kamenka und Leninskoje mit Schützenpanzerwaffen und automatischen Granatwerfern fortgesetzt.

Heute Morgen um 10:15 haben die Besatzer der 36. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Kominternowo mit Schusswaffen beschossen.

Gleichzeitig damit haben die Kämpfer der 92. Brigade einen Beschuss der Umgebung von Jasinowataja mit Granatwerfern und Schusswaffen durchgeführt.

Um 13:05 hat die 92. Brigade wieder das Territorium unserer Republik beschossen. Dieses mal befand sich Kaschtanowoje unter Feuer von Schusswaffen, wo zu dieser Zeit Mitarbeiter des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ arbeiteten. Die Mitarbeiter des Unternehmens brachten sich rechtzeitig in Sicherheit und Opfer konnten vermieden werden. Unsere Aufklärung stellt weiter eine Konzentration von Kräften des Gegners entlang der gesamten Kontaktlinie fest.

Am aktivsten verstärken die Besatzer ihre Einheit in Richtung Mariupol.

Nach uns vorliegenden Informationen werden derzeit zehn am 31. Juli aus Polen nach Kiew gelieferte Schützenpanzer mit einem Eisenbahnwaggon nach Mariupol verlegt. Diese Technik wird in die Einheiten der 56. Panzergrenadierbrigade übergeben, die in einem Konzentrationsgebiet im Norden von Mariupol in Alarm versetzt wurde.

Darüber hinaus hat der frischgebackene Kommandeur der Besatzer Krawtschenko mit dem Generalstab vereinbart, dass neue Arten von Waffen und Munition, die vom militärisch-industriellen Komplex der Ukraine ausgearbeitet wurden, vor ihrer Aufnahme in den Waffenbestand auf dem Territorium der OOS erprobt werden.

Als erstes werden 152mm-Splittersprengladungsartilleriegeschosse OF29 und OF29IN getestet werden, die von dem ukrainischen Unternehmen „Rubin-2016“ produziert werden. Diese Geschosse werden durch die Einheiten der 406. Artilleriebrigade in Richtung Mariupol erprobt werden.

Wir schließen nicht aus, dass die ukrainischen Terroristen diese Munition bei Beschüssen des Territoriums unserer Republik testen werden.

Die ukrainischen Nazisten aus dem Regiment „Asow“, die die Versetzung der Verbände in der OOS-Zone in höchste Gefechtsbereitschaft als eine „Carte Blanche“ für sich sehen, haben den Terror gegen die friedliche Bevölkerung auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium verstärkt.

Die Nationalisten befassen sich seit zwei Tagen mit der Konfiszierung von Eigentum und materiellen Mitteln von der friedlichen Bevölkerung angeblich im Rahmen der Hilfe im Kampf gegen unsere Republik.

So haben Kämpfer von „Asow“ nach Beschwerden, die uns erreichten, schon an drei Tankstellen von Mariupol mehr als sechs Tonnen Benzin und Diesel in ihre Fahrzeuge abgefüllt, indem sie mit Waffen und Vergeltung gedroht haben und außerdem die Besitzer der Tankstellen des Separatismus beschuldigt haben. Die Rechtsordnungsorgane der Ukraine sind tatenlos und reagieren nicht auf die Beschwerden der Betroffenen.

In Richtung Gorlowka haben Kämpfer von „Asow“ Lebensmittel von zwei Verkaufsständen in Swetlodarsk in einer Gesamtsumme von mehr als 70.000 Griwna an sich genommen. Ihre Handlungen haben die Nazisten mit dem Bedarf an Lebensmitteln für die ukrainischen Kämpfer begründet und mit einer noch folgenden Bezahlung des Schadens nach Ende des Kriegs erklärt. Eine Anzeige der Betroffenen bei der Polizei hat keine Ergebnisse gebracht – die Rechtsschützer empfahlen ihr, sich zu beruhigen und keinen Lärm zu machen, weil sie derzeit keine Handhabe gegen die „Asower“ haben. Gegen Soldaten gibt es diese, gegen „Nationalgardisten“ nicht.

beschossen

In Syrien haben Terroristen am Donnerstag vier Raketen auf den russischen Luftwaffenstützpunkt Hmeimim abgefeuert. Dies teilt das Verteidigungsministerium in Moskau mit.

Die Geschosse hätten die Militärbasis jedoch nicht erreicht und seien in einem Dorf zwei Kilometer vom Flugplatz entfernt explodiert. Die Attacke habe daher keine Verletzten und auch keine Zerstörungen auf dem Luftwaffenstützpunkt zur Folge gehabt.

Allerdings sei es in dem Dorf, in dem die Raketen explodiert seien, zu Todesopfern gekommen. Zwei Zivilisten seien ums Leben gekommen, vier weitere hätten Verletzungen erlitten, so die russische Behörde weiter.

Lug-info.com:Erklärung des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnago

Der Vertreter der Ukraine in der Untergruppe zu Fragen der politischen Regelung der Minsker Kontaktgruppe hat in einem kürzlichen Interview praktisch eine Verweigerung der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen erklärt. Es ist nur nicht klar, ob das offizielle Kiew ihn wieder „der Äußerung seiner persönlichen Meinung und nicht der offiziellen Position der Ukraine“ überführt und ihn aus den Minsker Verhandlungen ausschließt, wie das bereits 2016 der Fall war.

Die offiziellen Verpflichtungen der Ukraine sind in einer Reihe von Dokumenten dargestellt, die in ihrem Namen vom offiziellen Vertreter Leonid Kutschma unterzeichnet wurden.

Der Terminus „besonderer Status“ wurde in den Wortschatz der Minsker Verhandlungen durch das Protokoll vom 5. September 2014 eingeführt: „3. eine Dezentralisierung der Staatsorgane durchzuführen, darunter durch die Annahme eines Gesetzes der Ukraine „Über eine zeitweilige Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung in den einzelnen Gebieten der Donezker und Lungasker Oblaste“ (Gesetz über den besonderen Status)“. Und zu versuchen diesen Terminus zu bestreiten ist besonders für einen Teilnehmer der Minsker Verhandlungen unprofessionell.

Jetzt zu dem juristischen Status der Verpflichtungen der Ukraine, die in Minsk angenommen wurden. Der Maßnahmekomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen, der am 12. Februar 2015 unterzeichnet wurde, wurde durch die Resolution des UN-Sicherheitsrats Nr. 2202 (2015) bestätigt und festgelegt. Der Maßnahmekomplex legt nicht nur den im Verständnis von Herrn Bessmertnyj „nicht existenten“ besonderen Status fest, sondern legt auch direkt die Notwendigkeit fest, ihn in der Verfassung der Ukraine festzuschreiben sowie eine dauerhafte Gesetzgebung über einen besonderen Status anzunehmen (Punkt 11 des Maßnahmekomplexes).

Kiew muss nun aufhören, mit Worten zu jonglieren und beginnen alle Verpflichtungen zu erfüllen, die es im Rahmen der Minsker Verhandlungen übernommen hat.

Was nun den Wunsch Bessmertnyjs betrifft „... die Lieferungen von Wasser, Strom, Waren auf die besetzten Territorien einzustellen. Sowie alle Arbeiten im Gebiet von Staniza Luganskaja zu stoppen“ - so haben wir das zu einem großen Teil bereits. Sowohl eine Wirtschafts-, als auch eine Energie- und Transportblockade. Und das Wasser wird uns von der ukrainischen Seite regelmäßig abgestellt, aber, das stimmt, unter Druck der internationalen Organisationen wieder geliefert. Und die Reparatur der Brücke in Staniza Luganskaja, die von ukrainischen Kämpfer im März 2015 gesprengt wurde, blockiert Kiew seit dem Zeitpunkt der Sprengung. Und selbst die Versuche des IKRK seit 2017 haben kein Ergebnis ergeben. Erst vor kurzem gelang es, von der Ukraine die Zustimmung zur Reparatur der Brücke zu erlangen, bei ihrer Beteiligung. Aber wenn die ukrainische Seite die Erfüllung ihrer Verpflichtungen sabotiert, wie sie das häufig getan hat, so sind wir bereits unseren und ihren Anteil an der Reparatur zu leisten, wenn die internationalen Vermittler und Sicherheit und die Möglichkeit der Durchführung der Arbeiten gewährleisten.

Armiyadnr.su: **Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die ukrainischen Besatzer provozieren weiter unsere Verteidiger zur Erwiderng des Feuers. Dabei ziehen die BFU **Massenmedien zum Drehen inszenierter Reportagen** hinzu, um falsche Beweise zu erstellen, um uns der Erwiderng des Feuers zu beschuldigen.

Um 14:05 Uhr haben Kämpfer aus der 92. Brigade versucht, uns zur Erwiderng des Feuers zu provozieren, indem sie ein 82mm-Mörsergeschoss auf den Rand von **Jasinowataja** abgefeuert haben. Unsere Verteidiger sind nicht auf die Provokation eingegangen und haben den geltenden Waffenstillstand streng eingehalten. Es ist wichtig anzumerken, dass nach Informationen unserer Aufklärung heute der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Sodol in Begleitung von zwei Gruppen von Journalisten den Stationierungsort der Brigade besuchen sollte. Wir schließen nicht aus, dass die heutigen provokativen Beschüsse unserer Republik von Seiten der 92. Brigade nur zur Erstellung schöner Reportagen der ukrainischen Journalisten erfolgen.

In der 35. Marineinfanteriebrigade ging man weiter. Heute arbeitet auf den vorderen Positionen im Gebiet von Beresowoje nordwestlich von Dokutschajewsk eine Gruppe von Journalisten des ukrainischen Fernsehsenders „ICTV“, um eine Reportage über die Lage an der Front zu erstellen. Um eine Glaubwürdigkeit eines Beschusses ihrer Positionen von Seiten unserer Republik zu schaffen, verwenden die Marineinfanteristen imitierte Geschosse und Ladungen, die in der Reportage als Ergebnisse eines Mörserbeschusses von uns dargestellt werden.

Das Kommando der Volksmiliz erklärt offiziell – die Verteidiger unserer Republik halten den Waffenstillstand streng ein und beschießen das ukrainische Territorium nicht! Alle Versuche, uns des Gegenteils zu beschuldigen sind grobe Lügengeschichten!

abends:

de.sputniknews.com: **Skandal um „Deutsche-Welle“: Deutsche Diplomatin ins russische Außenamt zum Gespräch eingeladen**

Das Außenministerium Russlands hat laut eigenen Angaben am Donnerstag bei einem Gespräch mit der Geschäftsträgerin der deutschen Botschaft in Moskau das Vorgehen der „Deutschen Welle“ verurteilt. Der deutsche Sender hatte kürzlich in den sozialen Netzwerken die Russen zur Teilnahme an der nichtgenehmigten Veranstaltung in der Hauptstadt aufgerufen.

Die Aufrufe des Auslandsrundfunks der Bundesrepublik Deutschland zur Teilnahme an der nichtgenehmigten Veranstaltung in Moskau am vergangenen Wochenende stellen nach der Sichtweise des russischen Außenministeriums einen Versuch der Einmischung der Mediengesellschaft in die inneren Angelegenheiten Russlands dar.

Bei einem Gespräch im Russischen Außenamt habe man die Vertreterin des deutschen Botschafters in Moskau, Beate Grzeski, auf die Unzulässigkeit der Handlungen der „Deutsche Welle“ hingewiesen, die „in einem direkten Aufruf in den sozialen Netzwerken die Bewohner Moskaus zur Teilnahme an nicht genehmigten Massenaktionen aufrief“.

Diesbezüglich heißt es in der Pressemitteilung des russischen Außenministeriums:

„Wir haben betont, dass solche Eskapaden der Medien gegen die Normen der professionellen journalistischen Ethik verstoßen und einen Versuch der Einmischung der deutschen Mediengesellschaft in die inneren Angelegenheiten Russlands darstellen.“

Die russische Behörde machte klar, dass „die russische Seite sich im Falle der Wiederholung einer solchen (Handlung – Anm. d. Red.) das Recht vorbehält, im Rahmen der [...] Gesetzgebung zu reagieren“.

Zuvor hatte am Samstag im Zentrum von Moskau eine nicht genehmigte Demonstration stattgefunden. Laut Polizeiangaben wurden dabei mehr als 1000 Personen wegen

verschiedener Straftaten festgenommen. In diesem Zusammenhang wandten sich mehrere Mitglieder der deutsch-russischen Parlamentariergruppe im Bundestag in einem Brief an ihre russischen Kollegen, konkret an den Chef des russischen Parlaments, Wjatscheslaw Wolodin, und kritisierten Moskaus Vorgehen vor der Kommunalwahl bzw. die Festnahmen während der illegalen Kundgebungen.

Die Moskauer werden am 8. September ein neues Stadtparlament wählen. Oberbürgermeister Sergej Sobjanin hatte zuvor vor Versuchen gewarnt, Unruhen zu stiften. Er versicherte, dass die Behörden im Rahmen des Gesetzes handeln würden, um die Ordnung sicherzustellen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32558/71/325587159.jpg>

de.sputniknews.com: **UN-Menschenrechtskommissarin: US-Sanktionen bedrohen Gesundheit von Venezolanern**

Die UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet hat sich am Donnerstag besorgt über die neuen US-Sanktionen gegen Venezuela ausgesprochen, vor allem wegen ihrer Auswirkung auf die Gesundheit und Nahrung der Venezolaner.

„Ich habe die Sorge, dass die Sanktionen weitreichende Folgen für das Recht auf Gesundheit und Nahrung haben werden – und das in einem Land, in dem es schon jetzt an essenziellen Gütern ernsthaft mangelt“, so Bachelet.

Schon die im August 2017 und im Januar 2019 eingeführten Sanktionen hätten die schreckliche Wirtschaftskrise in dem südamerikanischen Land verschlimmert.

Der US-Präsident Donald Trump hatte am Montag eine Anordnung unterzeichnet, nach der das Vermögen der venezolanischen Regierung in den USA ab sofort blockiert wird. Diese Maßnahme wurde zusätzlich zu den schon bestehenden Sanktionen gegen Einzelpersonen und staatliche Stellen in Venezuela getroffen.

Das russische Außenministerium kritisierte das Vorgehen der USA. Es zeuge von der Bereitschaft Washingtons, Druck auf eine Regierung auszuüben, die einen als unbequem wahrgenommenen Kurs verfolgt. ...